

Schriftliches Interview mit dem UN-Sonderberichtsteller Vernor Muñoz Villalobos vom 21.03.2007

Von Marianne Demmer

Herr Muñoz, was denken Sie über die teilweise sehr aggressiven Äußerungen einiger deutscher Kultusminister, die Ihnen Unkenntnis und Unfähigkeit unterstellen und Ihren Bericht für bedeutungslos halten? Sind Sie auch in anderen Staaten schon in solch unqualifizierter Weise angegriffen worden?

Vernor Muñoz: Gut, das sind sehr aggressive Äußerungen. Wenn Sie den kompletten Bericht betrachten, finden Sie eine ausgewogene Darstellung des Erreichten und der Herausforderungen, vor denen Deutschland steht. Jedoch kommt diese Art von Angriffen nicht aus der Regierung. Für mich ist das keine amtliche Position.

Sie müssen wissen, dass ich nicht gegen die Regierungen sondern mit den Regierungen arbeite. Deshalb vertraue ich darauf, dass meine Hinweise als Blick von außen - auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards - angesehen werden, die auf die Herausforderungen gerichtet sind, vor denen Deutschland steht.

Viele Tatsachen, die ich in meinem Report besonders betont habe, stammen aus deutschen Quellen sowie aus den Ergebnissen von Pisa und IGLU. Ich kann mir nicht vorstellen, dass diese Erkenntnisse als bedeutungslos gelten. Ich kann nicht glauben, dass meine Empfehlungen nicht ernst genommen werden, nur weil ein bestimmter Teil der öffentlichen Meinung nicht mit mir übereinstimmt.

Es ist einfach, solche qualifizierten Erkenntnisse, die nicht genau das sind, was manche Leute hören wollen, als „unnützlich“ zu charakterisieren. Von Sonderberichtstattern wird erwartet, dass wir unsere Aufgaben objektiv, respektvoll und kritisch erledigen. Und so verhalte ich mich.

Was denken Sie über die Situation in Deutschland? Sehen Sie gute Chancen, um das Recht auf Bildung für alle Kinder und Jugendlichen in naher Zukunft zu verwirklichen?

VM: Ich habe eine Menge positive Rückmeldungen erhalten und ich denke, dass das historische Engagement der Menschen in Deutschland die Reformen in der rechten Weise leitet.

Was raten Sie den Regierungen: Was muss getan werden, damit Deutschland ein inklusives Bildungssystem bekommt?

VM: Die verantwortlichen Regierungen sollten eine vollständige Bestandsaufnahme über die Zugangsmöglichkeiten von Bildungseinrichtungen anregen und einen Plan für Umbaumaßnahmen vorstellen, um allen Lernenden mit Behinderungen einen barrierefreien Zugang zu garantieren.

Sie sollten Übergangspläne entwickeln, um die Inklusion/Einbeziehung der Lernenden mit Behinderungen in die allgemeine Schule zu erleichtern.

Sie sollten untersuchen, ob sich die frühe Aufteilung in Schulformen mit den Rechten und dem Wohl des Kindes vereinbaren lässt.

Sie sollten die nationale Debatte über das Verhältnis von Schulstruktur und dem Phänomen der Aussonderung von Lernenden mit Behinderungen anregen und vertiefen.